

# Minutengenau vertaktet

Kommt sie oder kommt sie nicht – eine Neuregelung der Dienstzeit für das pädagogische und therapeutische Fachpersonal?

In Hamburg arbeiten aktuell über 2000 Erzieher\_innen, Therapeut\_innen, sozialpädagogische Assistent\_innen und Sozialpädagog\_innen an allen Schulformen und in unterschiedlichen Einsatzbereichen wie z.B. dem Ganztag, der Inklusion, Beratung, in der Ergo- und Physiotherapie.

Es ist dabei inzwischen fast die Regel, dass Kolleg\_innen in mehreren Tätigkeitsfeldern eingesetzt werden. Während die aktuell geltende Dienstzeitregelung anerkennt, dass unterschiedliche Aufgabenfelder unterschiedliche Zeitannteile, beispielsweise zur Vor- und Nachbereitung, benötigen, plant die Schulbehörde, genau diese Unterschiede aufzuheben.

Die Schulbehörde arbeitet seit 2015 an einer neuen Dienstzeitregelung für die unter dem Label PTF zusammengefassten Berufs-

gruppen. Die Dienstzeitregelung gibt einen wichtigen formalen Rahmen vor, der die fachliche Arbeit der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen entscheidend beeinflusst.

Seit 2016 gibt es einen Entwurf der Schulbehörde mit konkreten Überlegungen, die bisher einsatz- und berufsspezifisch getrennten Regelungen zur Dienstzeit zu vereinheitlichen, damit die Schulleitungen sie besser handhaben können. Diese Pläne wurden den Beschäftigten auf einer von GEW und ver.di organisierten Fachtagung im Juli 2016 erstmals zur Kenntnis gebracht. Mit der Aufteilung der Arbeitszeit in B- Zeiten (für Bedarfszeit: Bildung, Beratung, Betreuung, Begleitung, Behandlung), K- Zeiten (für Kooperation, Koordination, Kommunikation) und V/N-Zeiten (Vor- und Nachbereitung) erinnert der

Entwurf sehr an die Regelungen der Lehrerarbeitszeitverordnung. Die Beziehungsarbeit der Kolleg\_innen soll dabei minutengenau vertaktet werden. Freiräume für pädagogisches Arbeiten wird es nicht mehr geben. Nach einer ausgiebigen Diskussion dieses Entwurfs formulierten die auf dem Fachtag anwesenden Vertreter\_innen der unterschiedlichen Berufsgruppen eine gemeinsame Stellungnahme. Sie wurde den Entscheidungsträgern in der Schulbehörde zugeleitet und umfasst im Wesentlichen folgende Positionierung:

*1. Die Gestaltung einer für uns und die uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen guten Dienstzeitregelung erfordert Fachkompetenz. Daher fordern wir eine qualifizierte Fachaufsicht und nach Einsatzgebieten differenzierte Stellenbeschreibungen als Grundlage für die Erstellung*



**Wollen weder zu Lückenbüßern noch zu Pausenclowns degradiert werden: Ingrid Thiele und Birgit Dann überreichen Landesschulrat Thorsten Altenburg-Hack als Schlusspunkt einer Demo mit 200 Betroffenen 1000 Unterschriften mit der Botschaft: "Achtet auf unsere Fachlichkeit!"**

*einer unseren Tätigkeiten angemessenen Dienstzeitregelung*

*2. Die verplanbare Zeit muss auf maximal 25 Unterrichtsstunden gedeckelt werden*

*3. Notwendig sind in jedem Fall dem Bedarf angemessene Zeitfenster für selbstorganisiertes Arbeiten, differenziert nach Einsatzbereichen*

*4. Es darf keine allgemein geregelte Ausdehnung der allgemein möglichen täglichen Arbeitszeit auf 7-17:00 Uhr geben. Abweichungen von der bisherigen Regelung, die im dienstlichen Interesse notwendig sind, sollten stattdessen von Schulleitungen begründet werden und unter Beachtung der personalrätlichen Mitbestimmungen einvernehmlich mit den Kolleg\_innen geregelt werden.*

*5. Eine Reduzierung der Fortbildungszeiten lehnen wir ab. Die Aufgaben an den Schulen sind enorm vielfältig. Um kompetent agieren zu können, benötigen wir ein breitgefächertes Spektrum möglicher Fortbildungen und die Möglichkeit, diese während der regulären Dienstzeit wahrnehmen zu können. Eine Reduzierung von Zeiten für Fortbildungen halten wir für kontraproduktiv.*

Mit den Plänen der Schulbehörde, 80 Prozent der individuellen Arbeitszeit der PTF-Kolleg\_innen als B-Zeit unmittelbar „am Kind“ auszuweisen, werden kostenneutral mehr Personalstunden für die direkte Arbeit mit den Schüler\_innen generiert, ohne Rücksicht auf die Qualität der Arbeit und die Gesundheit der Beschäftigten. Dabei greift die BSB mittels einer fachlich nicht gerechtfertigten Gleichmacherei so stark in die einzelnen Berufsprofile der Kolleg\_innen ein, dass ein erfolgreiches Arbeiten aus deren Sicht nicht mehr gewährleistet ist.

Diese Ansicht wird untermauert durch ein Gutachten von Prof. (em.) Dr. Gerd Krüger, das die GEW im November 2016

veröffentlichte und der Behörde überreichte. Dr. Krüger leitete über viele Jahre hinweg den Studienschwerpunkt Schulsozialarbeit an der HAW Hamburg. Indem er die Schulsozialarbeit in Hamburg in den 1970er Jahren verankerte und ihre Entwicklung über viele Jahre hinweg kritisch begleitete, ist er, nicht zuletzt als ehemaliges Mitglied des Landesschulbeirates der Schulbehörde Hamburg, ein ausgewiesener Experte der Materie. Die Kernaussagen des Gutachtens sind niederschmetternd: Sie zeigen, dass in der BSB viel Nachholbedarf besteht, um passende organisatorische und strukturelle Rahmenbedingungen für das pädagogische und therapeutische Fachpersonal zu schaffen. Krügers vernichtendes Urteil: Sollte die Dienstzeitregelung in der geplanten Form umgesetzt werden, werde sie „in Verbindung mit den fachlich unzulänglichen und undifferenzierten Aufgabenbeschreibungen (...) einen nachhaltigen negativen Einfluss auf die beruflichen Inhalte der Schulsozialarbeit nehmen.“

Bis heute hat die BSB zu diesem Gutachten keine Stellung genommen. Stattdessen wurden in einem ersten Schritt die bisher geltenden Stellenbeschreibungen für die Sozialpädagog\_innen an Schulen zu einer einzigen zusammengefasst. Auch sie stellt in hohem Maße eine qualitative Verschlechterung der Rahmenbedingungen der Arbeit der Sozialpädagog\_innen dar. Karl-Heinz Heber, ein erfahrener Schulsozialarbeiter und engagiertes GEW-Mitglied, sieht dies so: „Diese Stellenbeschreibung erweckt den Eindruck, dass hier verschiedene Tätigkeitsbereiche zusammenhangslos aneinandergereiht worden sind. Es werden fachliche Begriffe falsch benutzt und neue Begriffe eingeführt, die im Bereich der Schulsozialpädagogik keine Relevanz haben oder aber in gänzlich anderen Arbeitsfeldern eine Rolle spie-

len. Die fachlichen Überlegungen von Schulsozialarbeit müssen sich immer auf den Schüler bzw. die Schülerin im Kontext Familie/Schule/Umfeld beziehen. Schulsozialarbeit ist Teil der Kinder- und Jugendhilfe und damit eine eigenständige Profession innerhalb des Systems Schule. Wenn das nicht mehr gewünscht ist, muss das seitens der BSB auch deutlich formuliert werden, damit die Kolleginnen und Kollegen, Eltern, Schüler\_innen, Lehrer\_innen und die Öffentlichkeit auch wissen, woran sie sind. Wenn seitens der BSB ein neues Tätigkeitsfeld, das mehr in Richtung Schullastentlastung oder Beaufsichtigung gehen soll, konstruiert werden soll, so sollte das auch deutlich gesagt werden.“

Die BSB versäumte es bei der Neuentwicklung der Stellenbeschreibung für die Sozialpädagog\_innen ebenfalls, die damit einhergehende Ausweitung und Komplexität der Aufgaben durch eine bessere Bezahlung zu honorieren. Stattdessen bleiben die Kolleg\_innen weiterhin in der niedrigsten Entgeltgruppe, die tariflich für Akademiker vorgesehen ist, der EG 9 Tarifvertrag-Länder. Aber nicht nur das. Verantwortungsvolle Stellen für Sozialpädagog\_innen mit koordinierenden Tätigkeiten wurden zwar erstmals ausgeschrieben, jedoch mit einer Eingruppierung, die nach den Vereinbarungen des jüngsten Tarifabschlusses gerade mal ein Mehr von 20 Euro brutto bei voller Stelle gegenüber der Regeleingruppierung bedeuten. Dies ist kein Witz, sondern wirkt bei der Aufgabenvielfalt und dem Anforderungsprofil für diese Stelle geradezu zynisch.

Für die derzeit noch ausstehenden Stellenbeschreibungen für die Erzieher\_innen und Therapeut\_innen ist daher nichts Gutes zu erwarten.

Aber zurück zur Dienstzeitregelung. Weil eine neue Dienstzeitregelung mitbestimmungs-

pflichtig ist, wurde bisher der Gesamtpersonalrat in Vorgesprächen regelmäßig über den Stand der BSB informiert. Er setzte sich bereits Ende 2015 mittels eines Initiativantrags deutlich für eine Aufteilung der Dienstzeiten in einzelne Professionen und Aufgabenbereiche ein und wurde in Gesprächen mit der BSB über die Finanzierung von Stellenanteilen in den einzelnen Aufgabenfeldern in Kenntnis gesetzt.

Auch die GEW-Fachgruppe des PTF-Personals hat eine deutliche Position: Sie unterstützt den Gesamtpersonalrat in seiner Ansicht, so dass die personalrätliche Mitbestimmung für eine gute Dienstzeitregelung bis in die letzte Instanz ausgereizt werden muss, um eine Vereinheitlichung der Dienstzeit über alle Berufsgruppen und Einsatzgebiete hinweg zu verhindern. Auch sollte die sogenannte „B-Zeit“ optimal nicht mehr als 60 Prozent betragen.

Bereits im Dezember hatten Erzieher\_innen, Therapeut\_innen, sozialpädagogische Assistent\_innen und Sozialpädagog\_innen aller Schulformen in einer weihnachtlichen Aktion Senator Rabe eine Rute überreicht, um aufs schärfste gegen dessen Aussage zu protestieren, dass sie „zu 80 Prozent am Kind arbeiten sollen, weil PTF keine Lehrer\_innen“ seien.

Auch während der Tarifverhandlungen im Februar 2017 haben die Kolleg\_innen auf den Demonstrationen immer wieder auf die sich verschlechternden Rahmenbedingungen ihrer Arbeit hingewiesen. Um ihren Forderungen nach einer guten Dienstzeitregelung Nachdruck zu verleihen, sammelten GEW und ver.di bereits seit Dezember 2016 Unterschriften der pädagogischen und therapeutischen Fachkräfte. Es scheint, dass die Folge dieser Proteste nicht wie gehofft den konstruktiven Dialog mit der BSB befördert, sondern

eher ein „Sich zurückziehen ins Schneckenhaus“ seitens der BSB zur Folge hatte mit dem Resultat, dass nun nicht mehr verhandelt, sondern diktiert werden soll.

Jüngst wurde bekannt, dass in der Schulbehörde die Auffassung vertreten wird, den Großteil einer neuen Dienstzeitregelung für das PTF-Personal ohne personalrätliche Mitbestimmung per Dienstanweisung auf den

---

*Jüngst wurde bekannt,  
dass in der Schulbehörde  
die Auffassung vertreten  
wird, den Großteil einer  
neuen Dienstzeitregelung  
für das PTF-Personal  
ohne personalrätliche  
Mitbestimmung per  
Dienstanweisung auf den  
Weg bringen zu können*

---

Weg bringen zu können. Damit wäre das Maß für die Beschäftigten voll.

So wundert es nicht, dass am 26. Juni etwa 200 Kolleg\_innen aus Hamburger Schulen dem Aufruf der GEW und unserer Schwestergewerkschaft ver.di gefolgt sind und der BSB über 1000 Unterschriften von PTF-Beschäftigten überreichten

Mit dem Appell „Achtet unsere Fachlichkeit!“ marschierten sie in einem bunten Demonstrationzug vom DGB-Gewerkschaftshaus zur Schulbehörde, die derzeit in der Amsinckstraße residiert. Auf der Kundgebung betonte die GEW-Vorsitzende Anja Bensing-Stolze die Wichtigkeit der Arbeit der PTF-Kolleginnen und -Kollegen für das Gelingen von Schule und warnte, dass durch die Pläne der BSB die PTF-Beschäftigten zu „Lückenbüßern und Freizeitclowns“ degradiert würden. Um dies zu verhindern, sicherte sie den Kolleginnen und Kollegen die volle Unterstützung der GEW zu.

Die Unterschriften wurden dem Landesschulrat, Herrn Altenburg-Hack und seinem Mitarbeiter, Herrn Krampitz im Rahmen einer lauten und bunten Versammlung von Ingrid Thiele (Sozialpädagogin) und Birgit Dann (Erzieherin) überreicht.

Die beiden engagierten Kolleginnen aus zwei Hamburger Stadtteilschulen sprachen deutliche Worte und forderten statt einer Gleichmacherei der verschiedenen Professionen von ihrem Arbeitgeber eine Regelung, die ihre jeweils unterschiedlichen Bedarfe berücksichtigt. Entsprechend müsse eine neue Dienstzeitregelung genügend Zeit für notwendige Absprachen, Koordination, berufsspezifische Fortbildung, Vor- und Nachbereitung, Netzwerkarbeit etc. vorsehen, um die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen bestmöglich zu fördern.

Dass auch die neuen tariflichen Zulagen für den Sozial- und Erziehungsdienst allen PTF-Beschäftigtengruppen gezahlt werden, mahnte die Tariferferentin der GEW, Birgit Rettmer, an.

Der Landesschulrat stellte sich dem Problem, verwies dabei jedoch darauf, dass hier vor allem die Politik und die Tarifparteien gefragt seien.

Immerhin: In Hinblick auf eine eigene Fachaufsicht für Erzieher\_innen, Therapeut\_innen, sozialpädagogische Assistent\_innen und Sozialpädagog\_innen an Schulen scheint sich etwas zu bewegen. Herr Altenburg-Hack signalisierte, dass eine entsprechende Stelle in Planung sei und man hierfür jemanden aus dem Professionenbereich des pädagogischen- und therapeutischen Fachpersonals suche.

Man darf gespannt sein, wie die BSB hinsichtlich der Dienstzeit für das PTF-Personal ins kommende Schuljahr starten wird.

BIRGIT RETTMER  
GEW-Tariferferentin